

Geld heilt alle Wunden. Oder?

Ro 19 ist verkauft. Bernhard Nette und Stefan Romey ziehen Bilanz

In seiner Pressemitteilung vom 27.2.2013 zum Verkauf der Villa Rothenbaumchaussee 19 („Ro 19“) an die chassidische Organisation Chabad Lubawitsch e.V. betont der Hamburger GEW-Vorsitzende Klaus Bullan, die GEW Hamburg wolle damit „einen Beitrag zur Stärkung jüdischen Lebens in Hamburg und besonders hier in Rotherbaum leisten“. Die GEW Hamburg erhält 2,5 Millionen Euro, wovon sie 400.000 € an die Jüdische Gemeinde spenden will (Reingewinn also 2,1 Millionen €). Bereits im Rechenschaftsbericht zum Gewerkschaftstag im April 2012 hatten die beiden Vorsitzenden, Klaus Bullan und Sigrid Strauss, erklärt: „Mit dem Verkauf an eine jüdische Organisation, deren Repräsentant seine Wurzeln in Hamburg hat, trägt die GEW ihrer Verantwortung aus dem Erwerb des Hauses und der öffentlichen Kritik daran Rechnung und kommt zu einer konsensuellen Lösung, die auch wirtschaftlich für die GEW tragbar ist.“

Verantwortung beschränkt sich hier auf eine von der GEW-Spitze als finanziell tragbar definierte Lösung. »Konsensuell«, also übereinstimmend mit den unterschiedlichen Meinungen in der GEW, aber auch mit den eindeutigen Befunden der Geschichtsforschung ist sie nicht.

Vor sechs Jahren hatte Bullan sich noch sehr entschieden dagegen ausgesprochen, das jüdische Leben durch die Errichtung eines Jüdischen Museums in Ro 19 zu stärken. Damals hatten alle Parteien in der Bürgerschaft, die Kultur- sowie die Finanzbehörde als auch der ehemalige Bürgermeister Ole von Beust diese

Initiative unterstützt. Die GEW Hamburg hätte einen ähnlichen Kaufpreis wie heute erzielen können (2 Millionen Euro). Die historische Chance war da, dass Hamburg ein Jüdisches Museum erhält. Die Gewerkschaft hätte sich verantwortlich im Umgang mit ihrem arisierten Erbe zeigen können und hätte zugleich – das Haus sollte ja verkauft und nur ein geringer Teil der Verkaufssumme gespendet werden – sich nicht selbst in finanzielle Schwierigkeiten begeben müssen. Frank Bajohr, Historiker an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, fasste die damalige Diskussion zusammen: „Sollte es tatsächlich zu einem Jüdischen Museum in Rothenbaumchaussee 19 kommen und die GEW ihren Beitrag zum Zustandekommen leisten, dann wäre dies wirklich ein sehr seltener Fall, in dem eine Organisation nicht nur einen schwarzen Fleck der Verbandsgeschichte selbstkritisch aufarbeitet, sondern daraus noch ein erfolgreiches, in die Zukunft gerichtetes Erinnerungsprojekt für die ganze Stadt macht“. Wie bekannt, folgte die Mehrheit der Delegierten in der Landesvertreterversammlung 2007 den Vorstellungen Klaus Bullans. Er wollte Ro 19 nicht unter der Maßgabe verkaufen, dort ein Jüdisches Museum einzurichten. Es kam zu keiner selbstkritischen Aufarbeitung – im Gegenteil. Das Hamburger Abendblatt titelte am 23.4.2007 ganzseitig: „Gewerkschaft behält jüdische Villa“. Klaus Bullan wurde zu den Gründen zitiert: „Eine Trennung haben wir nicht als notwendig angesehen. (...) Wir sind gegenwärtig auf die Mieteinnahmen aus dem

Haus angewiesen“. Innergewerkschaftlich assistierte ihm damals Herbert Ankenbrand, der Aufsichtsratsvorsitzende der Vermögenstreuhandgesellschaft (VTG) der GEW, mit ähnlichen Finanzargumenten. Würde er – wie von einer 2005 eingerichteten Arbeitsgruppe mit Nette und Romey gefordert – einer Herauslösung von Ro 19 aus dem GEW-Vermögen zustimmen, würde er als Aufsichtsratsvorsitzender der VTG seine Treuepflicht gegenüber der GEW verletzen und sich quasi strafbar machen! Noch 2010 war er nicht gewillt, sich mit Nettes und Romeys „purem Egoismus und radikaler Selbstbehauptung als einer zur Willkür entarteten Freiheit abzufinden“. (H. Ankenbrand: *Anmerkung zu Bernhard Nettes / Stefan Romeys Ro 19-Buchveröffentlichung und ihrer Politbüro-Aufführung Ende Januar 2010*. Ankenbrands Text wurde erstmals auf der LVV am 26.4.2010 verteilt) Drei Jahre später freute er sich zusammen mit Bullan, dass beim Verkauf von Ro 19 an Chabad alles „in trockenen Tüchern“ sei (so in der hlz 5-6/2012). Natürlich machen sich die Spitzen der GEW und der VTG damit heute genauso wenig strafbar, wie sie es vor sechs Jahren getan hätten. Offensichtlich wollte man einfach kein Jüdisches Museum in Ro 19.

Frank Bajohr – zuvor noch beeindruckt von den Plänen, Ro 19 in ein Jüdisches Museum umzugestalten – schrieb, dass jetzt „historische Fakten in einer Weise interpretiert und zurechtgebogen werden können, dass sie den finanziellen Interessen nicht im Wege stehen.“

Die Gewerkschaftsspitze setzt fortan auf Zeit, die Erinne-

nung an das Geschehene werde schon nachlassen. Zeit heile ja bekanntlich alle Wunden. Eine »Selbstbeschränkung« der hlz – andere sprechen eher von einem Äußerungsverbot – verstärkte das Vorhaben „Aus den Augen, aus dem Sinn.“ Die Redaktion der Gewerkschaftszeitung ließ nichts mehr zu Ro 19 veröffentlichen - außer der Position der Vorsitzenden. Im Landesvorstand hatte der Redaktionsleiter der hlz, Jochen Geffers, zwar noch 2009 erklärt, für ihn gebe es nicht „ein bisschen Arisierung“, die „politisch-moralische Dimension der ganzen Sache“ verlange die Rückgabe des Hauses. Warum dann die »Selbstbeschränkung« der hlz?

Vom Abendblatt zur innergewerkschaftlichen Kontroverse befragt, hatte Bullan im Interview vom April 2007 zur öffentlichen Debatte noch geantwortet: „Das muss man aushalten“. Austritte, Ausschlüsse, Rücktritte vieler engagierter Mitglieder waren die Folge seiner ablehnenden Haltung zur Errichtung eines Jüdischen Museums in Ro 19. Der zwei Jahre später gestellte Antrag, Gespräche mit denjenigen Kolleginnen und Kollegen zu führen, die wegen der Beschlusslage zu Ro 19 aus der GEW Hamburg ausgetreten waren, um sie zum Wiedereintritt zu bewegen, wurde von der Landesvertreterversammlung 2009 abgelehnt.

Ob die innergewerkschaftliche Debatte über Ro 19 mit dem jetzigen Verkauf an Chabad – wie gewünscht - beendet ist, bleibt fraglich. Das „Neue Deutschland“ vom 1. März 2013 gibt in dem Artikel „Die braune Last der GEW“ hierfür eine nachvollziehbare Erklärung: Die GEW scheue sich weiterhin

einguzugestehen, dass sie von der NS-Arisierungspolitik profitiert habe. Die taz.hamburg titelte am 5. März 2013: „Arisierte Villa verkauft. Wie die Lehrgewerkschaft einen Schlussstrich unter ein hässliches Kapitel ihrer jüngsten Geschichte ziehen will – und es nur halb schafft.“ Dabei wäre es doch so einfach: Im Frühjahr 2008 wurde eine Erinnerungstafel an das Haus Ro 19 angebracht. Der Text war ein-



Immer noch Schatten auf dem Gebäude neben dem Curio-Haus an der Rothenbaumchaussee 19 (Ro19)?

stimmig im Landesvorstand der GEW beschlossen worden. Dort heißt es u.a. über die jüdischen Vorbesitzer von Ro 19: „Sie verkauften es 1935 in einer Zeit zunehmenden antisemitischen Verfolgungsdrucks unter Wert an den Nationalsozialistischen Lehrerbund. Die Vorbesitzer... flohen 1936/37 vor dem NS-Terror zunächst in die Schweiz, von dort in die USA“. Das ist Arisierung. Das war noch vor fünf Jahren einhellige Meinung der GEW Hamburg. Das war und ist

in der Geschichtsforschung unbestritten. Klaus Bullan möchte beim jetzigen Verkauf die Verfolgung der jüdischen Vorbesitzer und den Zwangsverkauf aber anders interpretieren. So schreibt er in der Presseerklärung vom 27.2.2013 ver-klaus-uliert: „Auch wenn eine Reihe von Tatsachen dafür sprechen, dass die früheren Eigentümer den Verkauf im Jahre 1935 nicht in den Kontext nationalsozialistischer

Verfolgung eingeordnet haben, können wir natürlich nicht mit Sicherheit sagen, dass es kein Zwangsverkauf war“. Bullan will offen lassen, ob die jüdischen Vorbesitzer von Ro 19 »verfolgungsbedingt« haben verkaufen müssen. Für den Vorsitzenden der Vermögenstreuhand ist die Sache noch klarer. In der taz vom 5.3.2013 heißt es: „Die jüdischen Voreigentümer und ihre Erben hätten sich nicht als Geschädigte betrachtet, sagt Herbert Ankenbrand“.

In unserem Buch „Die Lehrgewerkschaft und ihr »Arisierungserbe«. Die GEW, das Geld und die Moral“ haben wir sehr ausführlich und minutiös nachgewiesen, dass der Verkauf von Ro 19 an den Nationalsozialistischen Lehrerbund zwei Jahre nach der Machtübernahme

durch die Nazis Arisierung war. Wir haben auch die nach 1945 von der Gewerkschaft angestrebte Rechtsnachfolge vom NSLB zur GEW aufgedeckt. Die Lehrgewerkschaft wollte in den Besitz der durch die Alliierten beschlagnahmten Immobilie Ro 19 kommen. Die Alliierten gingen von Arisierung aus.

An der politisch-moralischen Einstellung der Vorsitzenden der GEW Hamburg und des Aufsichtsrates der VTG hat sich bis heute offensichtlich nichts ge-



Gedenktafel und Hinweis auf neue Eigentumsverhältnisse

ändert. Warum also jetzt doch ein Verkauf? Durch einen möglichen Verlust des bisherigen Ro-19-Mieters hätten für eine Neuvermietung grundlegende Sanierungsarbeiten geleistet werden müssen. Es gibt nämlich einen erheblichen Renovierungstau. Da über viele Jahre keine Rücklagen gebildet wurden, hätten umfangreiche Kredite für notwendige Reparaturen aufge-

nommen werden müssen.

Wie auch immer. Als Vorsitzender der GEW glaubt Klaus Bullan jedenfalls, dass der Verkauf von Ro 19 und die Spende an die Jüdische Gemeinde ausreichend für die Übernahme von historischer Verantwortung seien. Durch die wohlwollenden Worte des Vorsitzenden von Chabad Lubawitsch e.V. zum Ankauf von

Ro 19 und des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zur Spende fühlt er sich bestätigt.

Geld heilt keine Wunden. Es ersetzt nicht die Auseinandersetzung mit historischem Unrecht. Die Wunde bleibt offen, wenn Geschehenes wie die Arierisierung von Ro 19 verneint wird. Erinnerungsabwehr aufgeben erleichtert hingegen die eigene Standortbestimmung und trägt dazu bei, tatsächlich geschichtliche Verantwortung zu übernehmen und politisch-moralische Grundsätze zu entwickeln und einzunehmen.

P.S.: Der Ablasshandel ist selbst in der katholischen Kirche seit über 400 Jahren streng verboten. Allerdings versprach der neue Papst Franziskus am 13. März 2013 auf dem Balkon des Petersdomes, wer ihm jetzt zusehau, dem würden alle Sünden vergeben. Hoffentlich haben die Spitzen der GEW und der VTG genau hingeschaut.

BERNHARD NETTE,
STEFAN ROMÉY

BUCHEMPFEHLUNG



Mit 6 Jahren, 1960, wurde er in Bremerhaven in eine ‚Sonderschule‘ eingeschult. „Als Kind habe ich oft überlegt, welche Behinderungen ich und meine Geschwister hatten.“, schreibt Günter Lauenburger. Die sollte darin bestehen, Sinto zu sein.

In Zeiten, in denen der Anti-Ziganismus sogar von staatlicher Seite aus befeuert wird (Bundesinnenminister Friedrich), ist es wichtig und für Kinder und Jugendliche horizonterweiternd, konkrete Lebensgeschichten von Sinti, Roma oder anderen verfolgten Ethnien kennen zu lernen, so wie die von „Rankeli“ und seiner Familie. Er erzählt sie so unverschnörkelt, dass auch jüngere Schüler_innen sie verstehen. Die Kollegin oder der Kollege kann sie aber auch als Ausgangspunkt für historische, künstlerische, literarische Vertiefungen nehmen.

Günter Lauenburger möchte für die 31seitige DIN-A4 Broschüre eine Schutzgebühr von 5 Euro haben. Zu bestellen unter: zonnekai@web.de

